

Fairtrade und das Lieferkettengesetz

Am 9. Mai, dem Internationalen Tag des fairen Handels, machte das Forum Fairer Handel erneut deutlich, wie wichtig und notwendig ein Lieferkettengesetz in Deutschland ist.

Was will das Lieferkettengesetz?

Ganz einfach: Soziale und ökologische Standards und Menschenrechte müssen in der Produktion, in der globalen Lieferkette ernst genommen werden. Unternehmen müssen hinschauen, wenn Kinder in Westafrika auf Kakaoplantagen schufteten, Textilarbeiterinnen in Bangladesch für einen Hungerlohn bis zum Umfallen arbeiten, Minenbetreiber in Peru das Wasser verseuchen, usw.

Das Prinzip der freiwilligen Verpflichtung der Unternehmen hat nicht funktioniert und deshalb planen - laut Koalitionsvertrag von 2018 - Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) noch in dieser Legislaturperiode ein Lieferkettengesetz. Dagegen laufen Teile der Wirtschaft Sturm. Sie argumentieren durch die Corona-Krise schon genug belastet zu sein. Andrea Fütterer vom Forum Fairer Handel hält dagegen. "Wir sagen: Jetzt erst recht! Die drastischen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Menschen, die am Anfang der globalen Lieferketten stehen, machen die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes ganz deutlich."

Die Lobbyisten der Wirtschaft werden alles versuchen, Einfluss auf die Ausgestaltung des Gesetzes zu nehmen. Hoffen wir, dass dieser Einfluss klein bleibt.

Übrigens ist in Großbritannien und z.T. auch in Frankreich ein solches Gesetz schon in Kraft. Während der EU-Ratspräsidentschaft kann Deutschland beweisen, wie sie es mit den Menschenrechten hält. Eine überzeugende Gesetzgebung hier könnte dann auch eine Dynamik hin zu einem europäischen Regelwerk schaffen, wie es dem Justizkommissar Didier Reynders vorschwebt.